

ZUR SACHE

Hallo Taxi, bitte warten

Es ist schon eine verrückte Welt: Die Zeiten, da man sich nach einem Taxi die Finger wund telefonierte, sind noch nicht vergessen, da bieten sich jetzt ganz andere Bilder: Taxifahrer und ihre Autos stehen in Berlin Schlange, warten auf Kunden und Einnahmen.

Der Grund ist schnell ermittelt: Die „Fuhren“ kosten mehr. 3,40 DM Grundgebühr und 1,69 DM pro Kilometer am Tag sind einfach zu viel. Über Nacht wurden mit der Währungsunion die Ost-Berliner Preise denen in Westberlin „angeglichen“, was eine Verdoppelung mit sich bringt. Auch dabei hat man wiederum ein „kleines Problemchen“ nicht bedacht - die Einkommen verdoppelten sich nicht.

Ostberliner Taxifahrer sind sauer und haben das auch unmißverständlich angezeigt. Am späten Freitagabend blockierten sie für etwa 30 Minuten Straßen im Zentrum. Sollte das nicht wirksam genug gewesen sein, und würden vom Magistrat in Aussicht gestellte Verhandlungen im Sande versickern, wollen sie auch inmitten des dicksten Berufsverkehrs Straßen dichtmachen.

Streiks und Blockaden finden im allgemeinen nicht einhellig Zustimmung, in diesem Fall aber dürften sich auch potentielle Fahrgäste für die Rücknahme der jetzigen Preise einsetzen. Die Taxifahrer wollen sich für zwei DM Grundgebühr und für 1 DM pro gefahrene Alltagskilometer stark machen.

Daß die Situation von nicht „ordentlichen“ Unternehmen ausgenutzt wird, heißt zusätzlich Öl ins Feuer gießen. Manches Schwarzfahrer versucht jetzt, sich eine goldene Nase zu machen.

Hoffen wir auf Vernunft im Roten Rathaus und auf ein Einlenken - damit würden alle am besten fahren.

KLAUS WEBER

Berliner Verfassung

Kirchen melden Änderungen an

(ADN-bl). Über die künftige Verfassung für Ostberlin berieten am Sonntag der Vorsitzende des Ausschusses „Einheit Berlins“ der Stadtverordnetenversammlung, Knut Herbst, und Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche. Daran nahmen Konsistorialpräsident Stolpe, Oberkonsistorialrat Pettelkau sowie Generalvikar Steincke teil.

Die Kirchenvertreter plädierten dafür, in der künftigen Verfassung ausdrücklich das Recht der Kirche als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verankern. Sie setzten sich außerdem dafür ein, daß per Verfassung die Möglichkeit eingeräumt wird, an den Schulen Religionsunterricht zu erteilen. Knut Herbst stimmte dem zu und meinte, im Sinne einer multikulturellen Gesellschaft müsse aber auch über den Unterricht in anderen Religionen nachgedacht werden.

Ein weiteres Thema war die Formulierung im Verfassungsentwurf, wonach das ungeborene Leben und das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaft durch eine gerechte Konfliktregelung in Verbindung mit dem Angebot sozialer Hilfen zu schützen sei. Die Kirchenvertreter meldeten Änderungsbedarf an. Knut Herbst unterstrich dazu, es sei Wille der SPD, einen Diskussionsprozeß einzuleiten, der die Fristenregelung berücksichtigt.

Grenzüberschreitende Polizei

Mit Uniform, aber keine Waffe

(ADN-bl). Berliner Polizisten aus Ost und West dürfen jetzt in jeweils anderen Stadtteilen in Uniform auftreten. Wie ein Sprecher des VP-Präsidiums mitteilte, haben die Polizisten jedoch keine Amtsbefugnis und dürfen keine Waffe tragen. Sie halten sich in Uniform lediglich im Rahmen des Beamtenaustauschs im Ost- beziehungsweise Westteil der Stadt auf.

Die Alliierten hatten ein Verbot aus dem Jahre 1956 aufgehoben, das den Polizisten das Tragen der Uniform bei einem Aufenthalt im jeweils anderen Stadtteil untersagte.

Ohne Trauerflor

Berlin (West) (ADN-bl). Die Fahnen der früheren deutschen Ostprovinzen Schlesien, Ostpreußen und Pommern wurden jetzt aus dem Plenarsaal des Abgeordnetenhauses entfernt. Der Beschluß dazu war Ende Mai gefaßt worden.

Auch die Trauerflor an den Fahnen der fünf ehemaligen auf DDR-Gebiet liegenden Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen wurde abgehängt.

Leierkastenfestival: Richtig „durchgedreht“



Die „Hauptstadt aller Leierkastenspieler“ hatte ihr großes Wochenende: 280 Drehorgel-Experten trafen sich zum Festival in Berlin. Am Sonntag wurden die „Linden“ in regelrechte Leierkasten-Klangwolken gehüllt, vorher hatte man auf dem Ku-Damm für Aufsehen gesorgt. Vor 200 Jahren begann in Berlin der Bau der ersten Drehorgeln. ND-Foto: Axel Lenke

Private Bäcker bauen auf ihre frühen „Schiebereien“

Von HEIDI DIEHL

Sesambrötchen, Eierwecken, Mohnzöpfe, auch die gute alte Schrippe und andere leckere Dinge werden jetzt überall in den Läden um die Käufergunst. Was wird das für eine Qual der Wahl, wenn es künftig um die Frühstücksmarmeladenunterlage geht. Vom Preis reden wir mal nicht, an den (von Fall zu Fall unterschiedlichen) werden wir uns gewöhnen (müssen). Bako, jetzt Cityback, hat Brot- und Brötchenvarianten versprochen. bei denen einem schon vom Hinhören der Appetit kommt. Wird die Großbäckerei-Schrippe (sofern sie eine Möglichkeit erhält, in die Läden zu gelangen) zu einer Konkurrenz für die vom privaten Bäcker? Haben diese eine Chance für die Zukunft?

Hartmut Spaethe, Chef der Ostberliner Bäcker- und Konditorei, sieht die Zukunft seines Berufsstandes optimistisch.

Wieder! Denn jahrelang sah es so aus, als sollten unsere Enkel dereinst ganz und gar auf die „Fließbandschrippe“ angewiesen sein. Ursachen dafür gab es viele. Wer steht beispielsweise gern mitten in der Nacht auf? Und dann der Ärger mit den museumsreifen Maschinen. Auf eine neue Knetmaschine mußte der Bäcker länger warten als auf einen Wartburg - ganze 18 Jahre. Dann kamen Modelle, die eigentlich auch den Ähnen Freude bereitet hätten. Das ist nun gottlob Geschichte, jetzt gibt es Kredite, für die jeder Bäcker modernste Technik dort kaufen kann, wo er will. Jetzt kann er wieder was verdienen. Das frühe Aufstehen macht sich für ihn auch in der Kasse bemerkbar.

Zahlreiche Berliner profitieren davon, aus manchem lange geschlossenen Bäckerladen gleich

um die Ecke duftet es wieder verführerisch. Etwa 35 Private kamen seit Anfang des Jahres hinzu, insgesamt gibt es im Ostteil der Stadt jetzt 240.

Und das Angebot? Ich habe versucht, mich durch Meister Spaethes Brötchenkorb zu „futtern“, es gelang mir nicht. Es gibt allein acht Sorten, hinzu kommen Weißbrot, Kuchen, Torten, Kekse... Ähnlich ist es bei anderen Bäckern. „Und wenn Cityback zehn Brötchensorten auf den Tisch bringt, werden wir zwölf dagegenhalten“, erfahre ich von Hartmut Spaethe. „Außerdem, nur wir Privaten können das Brot offenfrisch dem Kunden in die Tasche schieben. Welcher Kunde mag solche „Schiebereien“ nicht! Alles super also?“

Mitnichten! Gleich den Innungsmeistern aller Bezirke hat auch Meister Spaethe erst vor wenigen

Tagen eine Protestresolution unterschrieben, die der Regierung Menge eingeführt werden dürfen. Nur, woher Sesam- und Sonnenblumenkerne beispielsweise nehmen? Die Berliner Bäcker sind entschlossen: Geht es nicht über den offiziellen Weg, wird sich ein anderer finden. Die vergangenen Monate bewiesen hinlänglich, daß ganz andere Dinge möglich waren und von der Regierung geduldet wurden, die, so sehe ich es zumindest, nicht gerade sehr kundenfreundlich waren. Was die bewußten Sesam- und Sonnenblumenkerne angeht, dürfte doch auch keine LPG ihr Veto einlegen, weil sie auf ihren Produkten sitzenbleiben. Denn wo, bitteschön, werden derlei Pflanzen bei uns angebaut?

Chance für Polikliniken

Dresden (ND-Lauterbach). Der sich türmisch vollziehende Wandel aller gesellschaftlichen Bereiche und der Menschen in diesem Lande auf dem Weg zur deutschen Einheit schließt das Gesundheitswesen voll ein. Tempo sei gefragt, Qualität und Besonnenheit jedoch zugleich dringend erforderlich. Diesen Ausgangspunkt setzte am Sonntag der Minister für Gesundheitswesen Prof. Dr. Jürgen Kleditzsch für sein Grundsatzreferat anläßlich des

1. Sächsischen Landes Zahnärztetages in Dresden. Zur künftigen Struktur der medizinischen Versorgung sei die Fortführung des derzeitigen Versorgungsmodus zu gewährleisten bei gleichzeitiger Angleichung an bundesdeutsche Verhältnisse. Der Privatisierung werde künftig besondere Förderung zuteil, wobei Polikliniken, Ambulatorien und das betriebliche Gesundheitswesen auch weiterhin eine Perspektive hätten.

AL schließt sich Grünen an

Berlin (West) (ADN-bl). Die Alternative Liste, Koalitionspartner der SPD im Abgeordnetenhaus, wird sich in dieser Woche als Landesverband der Bundespartei der Grünen anschließen. Das beschloß die Vollversammlung der Partei am Freitagabend bei wenigen Gegenstimmen. Der neue Landesverband führt als Zusatzbezeichnung den Namen Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz und nennt sich Grüne/AL. Gleichzeitig wurde eine neue Satzung verabschiedet.

Die AL stellte der SPD Bedingungen für die Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses. Sie will die Zusage, daß in Zukunft die drei AL-Vertreterinnen im Senat nicht mehr überstimmt werden wie zuletzt bei der Entscheidung zum Verkauf eines Grundstücks am Potsdamer Platz an Daimler-Benz. Die Fraktionsspitzen von SPD und AL hatten mehrere Stunden über ein 56 Punkte umfassendes Programm für den Rest der Legislaturperiode verhandelt. Die Gespräche sollen am Montag weitergeführt werden.

Friedrichstadtpalast

Nächste Revue ist gefährdet

(ADN). Dem Berliner Friedrichstadtpalast fehlt Geld - die noch vom alten Magistrat zugesicherten 27 Millionen Mark Subventionen - Zahltag war der 1. Juli - stehen auf dem Haus-Konto noch nicht zu Buche. Damit ist schon das nächste Revue-Programm „Kieck ma an“ - Premiere soll Ende September sein - in Gefahr.

Ohne Geld können aber keine Produktionen vorbereitet, keine Verträge mit Gästen abgeschlossen werden, droht der traditionsreichen Einrichtung letztlich der Ruin. Mit den Protagonisten der nächsten Revue, Helga Hahnemann und Alfred Müller, hat der Chef Reinhold Stövesand „auf eigene Faust“ Verträge abgeschlossen. Um wirtschaftlich besser dazustehen, ist daran gedacht, die Eintrittspreise zu erhöhen: Karten für die Große Revue sollen 10 bis 50 DM kosten, für die kleine Spielstätte 40 DM plus einem Bon für gastronomische Leistungen von 30 DM. Die Gastronomie wird verpachtet.

UMSCHAU

Deutsch-deutsche Schuhmacherausstellung

Berlin. Die erste gesamtdeutsche Fachausstellung für das Schuhmacher- und Orthopädiehandwerk hat am Wochenende im Technologie- und Ausstellungszentrum Berlin-Wuhlheide stattgefunden. Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium der DDR Dr. Gunter Halm versprach in seiner Begrüßungsrede Unterstützung für einen leistungsfähigen Mittelstand und somit auch für das Schuhmacherhandwerk.

Die Präsentation sollte dazu beitragen, Geschäftsbeziehungen anzubahnen und Fachinformationen auszutauschen. Besonderes Interesse zeigten Berufskollegen aus allen Teilen der DDR für moderne maschinelle Werkstatteinrichtungen, Kleinmaschinen und Werkzeuge sowie für die Vielfalt des in der Bundesrepublik verwendeten Besohl- und Absatzmaterials. Aus der DDR waren unter anderem die Berliner Schleifmittel GmbH sowie der Orthopädie- und Schuhbedarf Berlin vertreten. Das bundesdeutsche Unternehmen bama aus Mosbach kündigte eine Kooperation mit dem Dresola-Werk Dresden an.

Senat stellt Ausbildungsplätze

Berlin (West). Für 100 Jugendliche aus dem Ostteil der Stadt hat der Westberliner Senat Ausbildungsplätze im Verwaltungsdienst zur Verfügung gestellt. Wie es in einer Pressemitteilung heißt, sollten die Bewerber nicht älter als 25 Jahre sein. Die zweieinhalb- bis dreijährige Ausbildungszeit entspricht inhaltlich den Beamtenausbildungen in Westberlin und endet mit einer staatlichen Prüfung. Der fachtheoretische Teil der Ausbildung erfolgt an den Westberliner Ausbildungseinrichtungen.

Beginn für die Ausbildung, deren Kosten mit Ausnahme der Vergütung der Senat übernimmt, ist voraussichtlich der 1. September. Bewerbungen sind bis zum 20. Juli an die Magistratsverwaltung für Inneres in der Ferdinand-Schulze-Straße 55 in Berlin 1092 zu richten. Weitere Auskünfte werden unter der Telefonnummer 55 44 56 82 erteilt.

Erster Landkreistag konstituierte sich

Weimar. Als erster in der DDR konstituierte sich am Sonntag in Weimar der Landkreistag Thüringen. Stimmberechtigt an der Wahl von Präsidium und Satzung nahm auch der bisher zum Bezirk Halle gehörende Kreis Artern teil. Dessen Einwohner hatten sich bei den Kommunalwahlen im Mai zu mehr als 80 Prozent für eine Zugehörigkeit zum künftigen Land Thüringen entschieden. In den Kreisen Altenburg und Schmöln (Sachsen), die als Gäste vertreten waren, gibt es noch Bürgerbefragungen.

Um den künftigen Sitz des Thüringer Landkreistages in Weimar oder Erfurt entbrannte unter den Vertretern der insgesamt 32 Kreisverwaltungen eine längere Diskussion. Mehrheitlich entschieden sie sich

schließlich für die im Satzungsentwurf vorgesehene Variante mit Sitz in der Landeshauptstadt. Bis zu deren Benennung bleibt der Landkreis in Weimar. Zum Landespräsidenten wurde der 46jährige Landrat von Gotha, Dr. Dieter Reinholz (CDU), gewählt.

Ärztetag in Sachsen-Anhalt

Halle. Künftige Patientenversorgung und dazu erforderliche Sicherung des ärztlichen Berufsstandes waren beherrschende Themen des 1. Ärztetages Sachsen-Anhalt am Sonntag in Halle. Es gehe darum, an Stelle staatlicher Verwaltung der ärztlichen Tätigkeit die Selbstverwaltung durch die Ärztekammer als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu setzen, sagte deren Präsident, Prof. Dr. Walter Brandtstädter (Magdeburg).

Die Delegierten aus 41 Kreisen des neu zu bildenden Landes bestätigten den geschäftsführenden Vorstand der Ärztekammer, dem vier Mediziner aus dem Bezirk Magdeburg und fünf aus dem Bezirk Halle angehören. Sie verabschiedeten auch „Thesen zur ambulanten und stationären ärztlichen Patientenversorgung“ sowie Entwürfe zum Kammergesetz für die Heilberufe in Sachsen-Anhalt und weitere Grundsatzpapiere. Am Ärztetag Sachsen-Anhalt beteiligten sich Fachkollegen aus Niedersachsen, die unter anderem zu den Aufgaben und zur Arbeitsweise einer Ärztekammer referierten sowie Erläuterungen zur berufsständischen Altersversorgung gaben.

Schüler radelten bis Frankfurt am Main

Berlin. Rund 40 Mädchen und Jungen aus Ost- und Westberlin, die sich vor 14 Tagen auf eine Radtour nach Frankfurt am Main begeben hatten, sind am Sonntagabend mit einem gutem Zielort angekommen. Rund 900 Kilometer hat jeder der Schüler in den Beinen - sie waren in Frankfurt (Oder) gestartet.

Die Idee zu dieser Tour war vor drei Monaten geboren worden. Seitdem hatten die Jugendlichen elterlicher Klassen aus der Ostberliner Käthe-Kollwitz-Oberschule und dem Tempelhofer Luise-Henriette-Gymnasium gemeinsam Pläne geschmiedet und Trainingsstouren unternommen. Die Ostberliner organisierten die Unterkünfte auf Zeltplätzen, die Westberliner die Übernachtungen in Jugendherbergen.

Am Sonntag wurden die Radsport-Amateure wieder in Berlin erwartet. Die Strecke legten sie diesmal allerdings per Bus zurück.

Sommerfestival

Gera (ND-Albig). Besucher aus Thüringen und Bayern, darunter viele Familien mit Kindern, erlebten am Sonntag in Gera das Sommerfestival von „Antenne Bayern“. Die teilnehmenden Künstler wie Frank Zander, Jürgen von der Lippe und die Gruppe Karat verzichteten auf ihre Gage. Mit dem Erlös der Veranstaltung will der private Rundfunksender aus Unterfröhen Kinderheime im Thüringer Raum unterstützen.

Ist Frankfurt künftige Hauptstadt Brandenburgs?

Frankfurt (ND-Drechsel). Nur Männer haben in leitenden Tätigkeiten in Kommunen des Bezirkes Frankfurt (Oder) das Sagen: Zwölf Landräte und Oberbürgermeister stellte am Wochenende die Regierungsbefugnisse für die Bezirksverwaltungsbehörde Britta Schellin der Öffentlichkeit vor. Auch unter den neuen Ressortleitern, die während des festlichen Aktes in der Frankfurter Konzerthalle ihre Berufsurkunden erhielten, befindet sich keine Frau. Mit Dr. Eckhard Fehse, SPD, übernahm ein Mann das Ressort Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dem unlängst eine Untersuchungskommission in der Halbleiterwerk GmbH firmenschädigendes Verhalten vorwarf.

Nach Ansicht der Regierungsbefugmächtigten müßten jetzt rasch Konzepte für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze, zur Ansiedlung von Industrie und Gewerbe im Oderbezirk, für eine saubere und le-

benidige Oder, in der die Menschen an beiden Ufern wieder baden können, entwickelt werden. Sie nannte Tourismus als bedeutende Einnahmequelle für die Region. Jedoch dürfe die Landschaft als „unser Fundus“ nicht durch Hotelbauten und Wochenendkolonien zerstört werden. Die SPD-Politikerin plädiert dafür, Frankfurt als künftige Hauptstadt Brandenburgs in Betracht zu ziehen. Wer glaube, alle Einrichtungen und Ämter an einem Standort konzentrieren zu müssen, sei allem zentralistischem Denken verhaftet. Auch für eine Universität des Landes Brandenburg biete sich die alte Universitätsstadt Frankfurt mit ihren großen Freiflächen geradezu an. Ein Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen informierte über den Aufbau eines Beratungsdienstes für die Kommunen. Jeweils drei bis vier Verwaltungsfachleute werden sechs Monate in den Kreisen der Region beratend tätig sein.

Kartoffeln direkt vom LKW

Eine von den Vorbeigehenden „kaufkräftig“ aufgenommene Alternative zum Angebot in den Kaufhallen offerierte am Wochenende Wolfgang Hennig von der LPG Gommern, Kreis Burg. Er verkaufte vor der Kaufhalle am Berliner Franz-Mehring-Platz Kartoffeln direkt vom LKW. In Burg und Magdeburg nimmt der Handel nur 15 Tonnen der Tagesproduktion ab. Übrig bleiben 45 Tonnen. Hinzu kommen noch 600 Tonnen Kartoffeln vom letzten Jahr. Per Vertrag war die LPG verpflichtet gewesen, diese Menge einzulagern, um bis Ende Juli die Versorgung zu garantieren. Der Handel kündigte diese und stornierte die aktuellen Ver-

träge. Nun sitzen die Bauern auf einem Kartoffelberg, der ständig wächst. Die Lagerfrüchte werden auf Halde gehen, so Wolfgang Hennig. „Die neuen versuchen wir in Berlin, Brandenburg und Potsdam zu verkaufen.“ Bei 4,- DM für fünf Kilogramm plus Fahrkosten geht das natürlich nicht ohne Verlust ab. Zum Vergleich: Der Großhandel hätte pro Kilogramm 3,40 DM gezahlt. Leider ist der Magdeburger kein Einzelfall. Überall stehen die „fliegenden“ Händler und versuchen auf diese Weise, ihre Produkte an die Kunden zu bringen. Daß Bedarf besteht, beweisen vielerorts die Warteschlangen. BEATE FISCHER

CHRISTA LIER